

# Hochschulreformen: Das Beispiel Baden-Württemberg zeigt, wie sie nicht aussehen dürfen

Etikettenschwindel: Strafgebühren werden frech als Bildungsguthaben verkauft

Von **Sabine Etzold**

14. März 1997 / Quelle: (c) DIE ZEIT 1997

AUS DER ZEIT NR. 12/1997



Die Reform der Hochschulen ist doch ganz einfach: Dafür braucht es bloß mehr Freiheit vom Staat, mehr Wettbewerb zwischen den Universitäten, etwa durch größere Selbständigkeit bei der Gestaltung von Studiengängen, Personalstrukturen und Finanzen; dazu die Möglichkeit, sich Studenten selbst auszusuchen und diese an den Studienkosten zu beteiligen, natürlich vernünftig und sozial verträglich, wie das so schön heißt.

All das wird derzeit landauf, landab gefordert, und die meisten nicken beifällig. Wird ja auch höchste Zeit, ehe die Uni tatsächlich im Kern verrottet. Bloß, wie steht es mit der Realität? Dort wird die Erneuerung weit weniger von zielstrebigem Vernunft als von der leidigen Finanzmisere der Länder vorangebracht. Überall muß gespart und das restliche Geld klüger verwendet werden, ohne daß sich, so die fromme Hoffnung, dabei Sparvorhaben und Reformprojekte ausschließen.

Wird dieses Zauberkunststück gelingen? Jedenfalls basteln zur Zeit etliche Bundesländer an eigenen Reformen. Das Spektrum von Wille und Vorstellung reicht dabei von zerstörerischen Sparaktionen wie in Berlin bis hin zu zukunftsfreudigen Investitionen wie in Bayern. Ein Land allerdings setzt sich dem Verdacht aus, unter dem Etikett "Reform" bloß eine Mogelpackung auf den Markt zu bringen - Baden-Württemberg. Dort stilisiert Wissenschaftsminister Klaus von Trotha eine bildungspolitische Nulldiät für die Hochschulen zur hochwertigen Reformkost.

Mit dem Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder im Nacken muß von Trotha

allein in diesem Jahr 440 Millionen Mark an den Hochschulen einsparen. Und für etliche davon sollen die Studenten aufkommen. Politisch verkauft wird diese Gebührenerhebung frech als "Bildungsguthaben": Jeder Student verfügt, so die theoretische Annahme, bei Antritt seines Studiums über ein solches Guthaben, daß sich nach Ablauf der Regelstudienzeit erschöpft. Danach muß er halt zahlen - ab dem 14. Semester tausend Mark.

Vorbild für dieses Verfahren ist Berlin, wo man allerdings ehrlich und unverblümt von "Strafgebühren" spricht. Warum ist man im Ländle dann so umständlich? "Bildungsguthaben - das hört sich doch gleich viel besser an", sagt von Trotha und strahlt.

Strafe oder Guthaben - der Nutzen der Aktion ist fraglich. Vermutlich werden sich vor allem solche Langzeitstudenten aus den Hochschulen verabschieden, die in den Statistiken nur noch als Karteileichen firmieren. Immerhin könnte sich so herausstellen, daß es viel weniger echte "Bummelstudenten" gibt als angenommen und daß auch die vielbeschworene Überlastung der Hochschulen pro Studienplatz erheblich geringer ist, als mancher glauben machen will.

Auch eine weitere Aktion des Ministers, an das Geld der Studenten zu kommen, könnte sich als hochschulpolitisch gefährlich erweisen: Künftig müssen Baden-Württembergs Studenten hundert Mark Semester-"Einschreibgebühr" bezahlen - ein auf den ersten Blick geringer Betrag, der dem Land immerhin vierzig Millionen Mark einbringt. Wer nicht zahlt, wird exmatrikuliert. Schwerer aber wiegt, daß der Minister hier tatsächlich so etwas wie eine "Einstiegsdroge" in willkürlich festlegbare Studiengebühren auf den Markt gebracht hat. Nun ist es ja durchaus kein Tabu mehr, sich über den Nutzen eines studentischen Beitrags zum Studium Gedanken zu machen. Nur gibt es eben zur Zeit noch keinen gesellschaftlichen Konsens darüber, wie dieser aussehen soll. Über eines aber sind sich weitgehend alle einig: Studiengebühren, die auf soziale Umstände keine Rücksicht nehmen, sind von Übel.

Selbst erklärte Befürworter wie der Rektor der Universität Heidelberg, Peter Ulmer, befürchten nun, daß von Trotha mit seinem Vorstoß leichtfertig eine Reformchance verspielt. "Ein unglücklicher Einstieg in das Thema", meint Ulmer. Denn hier verzerre sich jede Perspektive, "als ob die Leistung der Universitäten gegenüber den Studenten im Einschreiben liege und nicht in der Lehre". Und natürlich, rügt Ulmer, treffe der Vorwurf, Studiengebühren seien auf diese Weise ein Instrument sozialer Benachteiligung. "Es ist schon erstaunlich, wie man mit schlichter Rhetorik Politik machen kann", erklärt der grüne Abgeordnete Dieter Salomon voll widerstrebender Bewunderung. Ein fertiges, durchaus diskussionswertes Modell der Grünen zu sozialverträglichen Studiengebühren verschwand sang- und klanglos in der Schublade, seit von

Trotha, vom FDP-Koalitionspartner nur unwesentlich behelligt, wieder allein das bildungspolitische Sagen im Lande hat.

Viel rhetorisches Blendwerk verstrahlt auch das Wort vom "Solidarpakt" - ein vom Minister als Einigungswerk gepriesenes Abkommen mit den neun Universitäten des Landes. Bei näherem Hinsehen wird dieser Pakt zum zweischneidigen Schwert: Zwar garantiert er den Universitäten Planungssicherheit für die nächsten zehn Jahre. Allerdings werden sie in diesem Zeitraum erheblich zur Kasse gebeten. Sie verpflichten sich, insgesamt 1500 Stellen zu sparen. Ein Drittel des dabei gesparten Geldes soll den Universitäten erhalten bleiben. Ein weiteres Drittel bleibt beim Ministerium und wird - ein offenes Geheimnis - an die Fachhochschulen umverteilt. Das letzte Drittel kassiert der Finanzminister.

Der Pakt ist selbst nach dem Empfinden des unverwüstlich optimistisch gestimmten Ministers für die Universitäten the worst case, der schlimmstmögliche Fall. Resigniert meint Ulmer: "Was sollen wir machen? Wir stehen doch mit dem Rücken an der Wand."

Die getrübe Stimmung der Hochschulen wird noch durch den Umstand genährt, daß sie zwar wissen, wieviel sie sparen müssen, aber noch längst nicht bestimmen dürfen, wo und wie. Dafür nämlich ist eine Strukturkommission zuständig, ein vom Ministerium berufenes externes Gremium von Wissenschaftlern, der neben dem Leiter des Gütersloher Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), Detlev Müller-Böling, unter anderem auch der Rektor der Düsseldorfer Universität, Gert Kaiser, und der Vorsitzende des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und ehemalige Berliner Wissenschaftssenator, Manfred Erhardt, angehören. Sie haben den Auftrag, Empfehlungen zur Umgestaltung und Bündelung von Fächern und Studienschwerpunkten zu erarbeiten. Natürlich soll auf diesem Wege Überflüssiges abgebaut werden.

Dergleichen mag gelegentlich zum Segen ausschlagen, wenn etwa benachbarte Universitäten wie Heidelberg und Mannheim zur Kooperation angehalten werden oder ein schrumpfendes Fach wie Chemie nicht überall mit voller Stärke belassen wird. Unter staatlichem Spardiktat wird es aber wohl auch einer solchen "Elitetruppe" - wie Trotha diese Kommission preist - ergehen wie der Königstochter im Märchen, die Stroh zu Gold spinnen sollte. Selbst Kommissionär Erhardt hat so seine Zweifel: "Es ist doch arg billig zu verlangen, die Hochschulen könnten sich ohne Geld reformieren. Jede Reform kostet zunächst einmal Geld und bringt ihren Ertrag erst später."

Doch selbst in Baden-Württemberg gibt es Lichtblicke. Viele begründete Reformhoffnungen ruhen derzeit auf der "Experimentierklausel", einem neuen Bestandteil des künftigen baden-württembergischen Hochschulgesetzes.

Hinter dieser Klausel verbirgt sich die für einen Laien schwer zu erläuternde Möglichkeit, daß sich das Gesetz - partiell - selbst außer Kraft setzt und damit Reformspielraum schafft. So können sich die Hochschulen demnächst in allen mit örtlichem Numerus clausus belegten Fächern ihre Studenten selbst auswählen. Und sie bekommen mehr Eigenverantwortung bei der Verwaltung ihrer Finanzen, die Hochschulhaushalte werden, wie es im Jargon heißt, vorsichtig "globalisiert". Wie wichtig dieser Spielraum ist, zeigte sich etwa in Heidelberg, wo in letzter Sekunde verhindert wurde, daß die Universität eine großzügige Zuwendung der VW-Stiftung von fünf Millionen Mark zurückgeben mußte, da sie das für eine neue dezentrale Verwaltung der Universitätsressourcen gestiftete Geld bislang von Gesetzes wegen gar nicht hätte ausgeben dürfen.

Also doch mehr Freiheit für die Landeshochschulen? Globalhaushalte oder das Privileg der Studentenwahl wirken sich erst förderlich auf die Qualität aus, wenn die Hochschulen wirklich frei sind, unabhängig von staatlicher Gängelung und Rücksichtnahme auf den Dienst- und Landesherrn.

Namen wie Heidelberg, Tübingen oder Freiburg verliehen der deutschen Universität einst Glanz, Reformprojekte wie Konstanz versuchten diese Tradition auf moderne Weise fortzuführen. Von Trothas Reförmchen hingegen hinterlassen häßliche Flecken auf diesem Bild. Hoffentlich macht ihm das keiner nach.